



DER AUFSTAND

für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 41/21

10.10.2021

Die Inzidenzwerte, ob nun 100, 35 oder 50, sind im Grunde nichts anderes als Fiktionen und damit im Verhältnis zu den Freiheitsrechten der Bürger blanke Willkür.«

Prof. Rupert Scholz (83, CDU),
Staatsrechtler und Ex-
Bundesverteidigungsminister



DeutschlandKurier

Wie weit wollen die Befürworter der „Corona-Maßnahmen“ gehen?



„Noch einmal ganz grundsätzlich: es geht darum, dass ich NICHT nachweisen muss, dass ich ‚gesund‘ bin, um Rechte ‚zu haben‘. Grundrechte sind nicht konditionierbar und man muss sich für sie nicht ‚qualifizieren‘.“

Ulrike Guérot

FREE



JULIAN ASSANGE

Diese Wochenzeitung ist als PDF-Datei unter:

<http://deraufstand.wihuman.de/> oder
<https://debattenraum.eu>

Jeder Leser kann über die Email-Adresse Aktikel ein-reichen:

gdg-deraufstand-abo@wihuman.de

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Holger Thurow-N.

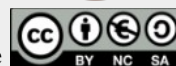
Herausgegeben von der

"Gesellschaft der Gleichen" (GbR)

Rechtlich vertreten von: "UMEHR e.V."

(VR 24757), Holsteiner Chaussee 303 b,
22457 Hamburg

Email: gdg-deraufstand-abo@wihuman.de



Offene Versammlung

In Kooperation zwischen:

**Thorsten aus Lübeck, der GdG
(Gesellschaft der Gleichen/GbR)
und „Politische Teilhabe e.V.“**

jeden **Dienstag**

um **20:00 Uhr,**

Ort: **Zoom-Meeting**



Du bist interessiert?

Informiere Dich unter über 0391 50549965,
0176/23470736, oder kontaktiere uns über das
Impressum auf der Titelseite dieser Zeitung.

Bring gerne deine Themen mit!

<https://t.me/gruppewiderstand>

Telegram



Info Gruppe Widerstand

Gruppe zur gegenseitigen Unterstützung
aller Widerständler! Hier gerne Bilder/
Videos/Infos aus Berlin posten, wir
veröffentlichen diese umgehend auf dem
Kanal - <https://t.me/kanalwiderstand>



www.debattenraum.eu

Ein SKLAVE, der weiß dass
er ein SKLAVE ist,
wird sich früher oder später
zur WEHR setzen.
Also liegt es im INTERESSE des Systems,
ihn im Glauben zu LASSEN,
dass er frei ist.
BROT UND SPIELE
sind dafür notwendig, dass der Bürger
den Scheiß glaubt,
den das System ihm vorsetzt.
Solange du das nicht begreifst,
spielst du nur ihr Spiel mit,
dass du nur verlieren kannst.
Spreng die Ketten
deiner MENTALEN Versklavung!!
Denke weiter! Blicke weiter!
Denke selbst!
NUR DU SELBST KANNST DICH BEFREIEN!
WACH AUF!
Sei der FEHLER im SYSTEM!



Info Kanal Widerstand

Kanal zur Unterstützung aller
Widerständler! WIR unterstützen und
koordinieren euch so gut es geht!
Eure Bilder/Medien von Aktivitäten
gerne in die Gruppe zwecks sofortiger
Veröffentlichung und Weiterleitung.

<https://t.me/kanalwiderstand>

Telegram





Leserbrief zu einem Titelbild der Ausgabe 40/21

Ich finde, die Zeit der runden Tische sollte langsam vorbei sein. Vor allem weil an diesem Tisch das Volk nicht Platz nehmen darf. Die machen wieder alles unter sich aus und wir müssen das hinnehmen und uns mit deren Gesetzmäßigkeiten herum quälen. Deshalb finde ich dieses Plakat absolut doof und das gehört eigentlich eingestampft. Das vom runden Tisch.

Es dürfte überhaupt gar keine Partei regieren. Wie kommen die dazu, eine Gruppe von Menschen die noch nicht mal eine Millionen übersteigt pro Parteigruppe, sich über den Rest von 82 Millionen Menschen zu erheben und zu bestimmen wo der Weg lang geht, den wir gar nicht gehen wollen.

In den Bundestag gehören Menschen aus dem gesamten Volk, die Geist und Charakter besitzen und vor allem das Wissen, die sich als würdig erweisen und diese Posten fachlich und sachlich auch auszuüben und nicht noch für alles Berater brauchen, die doppelt und dreifach bezahlt werden müssen, damit die überhaupt in der Lage sind eine Entscheidung treffen zu können.

So kann man nicht mit dem Geld des Volkes umgehen, dass immerhin für alle Kosten aufkommen muss die Großköpfe dort oben verursachen. Ohne auch nur einmal darüber nachzudenken, mit welchen fiesen Mitteln die sich an dem Geld des Landes vergreifen. Die bisherigen Regierungen besonders in der letzten Zeit waren doch alle übergriffig, hatten klamme und gierige Finger, haben sich in höchsten Maße selbst bereichert, das Geld Milliarden weise durch die ganze Welt geschmissen, ohne auch nur in einem einzigen Atemzug an uns und unser (auch ihr) LAND zu denken.

DAS INTERESSIERT DIE ÜBERHAUPT GAR NICHT, DIE HABEN SICH SO VOLL GESAUGT, DASS SIE AN JEDEM ZIPFEL DER ERDE LEBEN KÖNNEN UND NICHT MEHR VOM DEUTSCHEN VOLK ABHÄNGIG SIND UND DARÜBER EINFACH DEN MANTEL DES NICHT MEHR VORHANDENSEIN DECKEN.

So geht das nicht und es kann auch nicht sein, dass wir uns das immer alles still und geduldig gefallen lassen. Es gibt in unserem Land tatsächlich Menschen die verhungern müssen,

weil sie nicht wissen wo sie hingehen können, um sich helfen zu lassen. Weil sie das auch nie gelernt haben sich helfen zu lassen. Weil sie ihr Leben immer auf die Reihe kriegt haben, ganz alleine und jetzt im Alter darauf angewiesen sind Bettler zu sein, weil es die Regierung tatsächlich geschafft hat die Rentenkassen so leer zu fegen und zu beklaun, dass für die die eingezahlt haben, nichts mehr übrig ist.

Das meiste kriegen doch noch die Leute die überhaupt gar nichts eingezahlt haben in diese Rentenkasse, wie diese fetten Beamten, die eine so reichhaltige Rente bekommen die sie überhaupt gar nicht verdient haben. Die auf Kosten derer leben die ihr Leben lang dafür eingezahlt haben. Man muss jedem Einzelnen in dem Konsortium, dass sich in den letzten 50 Jahren an der Rentenkasse vergriffen hat, egal aus welchem Grunde auch immer, das Geld vom Leibe absammeln, in dem man denen ihr gesamtes Vermögen, Hab und Gut einzieht, die Immobilien, Grund und Boden beschlagnahmt und wieder dorthin zurückbringt wo es hingehört. In die Rentenkasse.....

Und dazu brauchen wir keinen runden Tisch von Menschen die eigentlich nichts zu sagen haben.

Die nur dummes Zeug quatschen und sich mündlich beim Volk lieb Kind machen wollen, damit sie irgendeiner für würdig erachtet zu regieren.

Einen Mann, der schon so viel kriminelle Handlungen begangen hat, dann auch noch als Kanzler einzusetzen, das ist doch ein Witz.

Es ist weiß Gott kein Wunder, dass die ganze Welt nach Deutschland will, weil sie glauben hier ist Sodom und Gomorrha und sie können sich reichlich bedienen, sie können alles bekommen und hier Verbrechen begehen nach Herzenslust, es wird ihnen niemand das Handwerk legen. Das jetzt gerade mal etwas passiert, das ist entweder die Ära Merkel aufarbeiten oder mal ein Tropfen auf den heißen Stein. Gut dass er passiert. Aber wie es aussieht weiß kein Mensch.... Denn die die da in den Clans und Cliques sind, die haben ihre Finger bis in den Bundestag.... Da müssen wir uns ja nun weiß Gott nichts mehr vormachen.

Deshalb gehören nur Unbestechliche, fleißige, und ehrliche Menschen in dieses Hohe Haus. Die dem Land Vorbild sein können.... Für den Rest gibt's Häuser mit Gittern.

Dies ist meine Meinung und dazu stehe ich, auch und besonders außerhalb von Facebook. Ich kann gar nicht verstehen, das die Menschen in diesem Land dieses Kaspertheater ungebremst hinnehmen, das sie ihre Kinder verraten und das Maul halten.....statt die Kasperköpfe vom Spielplan abzusetzen. Alle gemeinsam....Wir haben so viele Radikale, aber niemanden, der uns als Land gegen die Regierungsfarce beschützt. Nicht mal wir selbst machen das. Schlimmich habe nichts dagegen, wenn Sie meine Meinung veröffentlichen, denn öffentlicher als hier kann sie nicht werden. Das Recht habe ich nicht gepachtet, eine eigene Meinung sollte aber jeder haben und auch dazu stehen.

Mit Gruß, Heide Riemer

Politische Erklärung der GRUPPE DER FREUNDE ZUR VERTEIDIGUNG DER CHARTA DER VEREINTEN NATIONEN

Angenommen von der ersten Ministertagung in New York, 23. September 2021

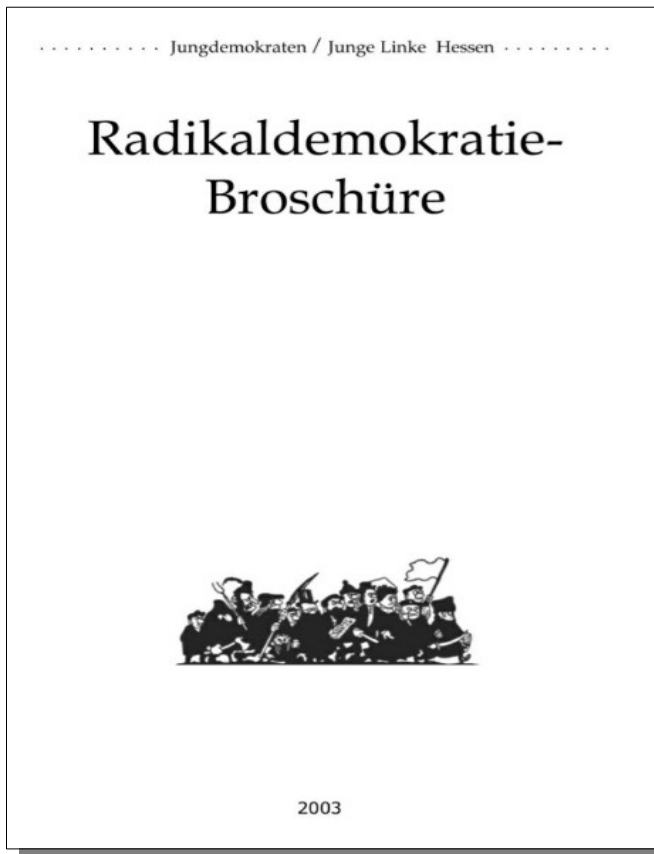
1. Wir, die Vertreter Algeriens, Angolas, Boliviens, Chinas, Kambodschas, Kubas, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Äquatorialguineas, Eritreas, Irans, der Demokratischen Volksrepublik Laos, Nicaraguas, des Staates Palästina, Russlands, St. Vincent und der Grenadinen, Syriens und Venezuelas, trafen uns auf Ministerebene in New York am Rande der 76. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, um eine Bewertung der jüngsten Entwicklungen auf der internationalen Bühne, einschließlich der Herausforderungen und Bedrohungen für die Charta der Vereinten Nationen, die die Grundlage des Multilateralismus bildet, vorzunehmen und einen Meinungsaustausch über bestehende, neue und sich abzeichnende Fragen von gemeinsamem Interesse zu führen.
2. Wir erinnern an die am 06. Juli 2021 in New York auf Botschafterebene angenommene Erklärung und bekräftigen, dass die Charta der Vereinten Nationen und ihre Ziele und Grundsätze zeitlos und universell bleiben und dass sie alle nicht nur für die Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Rechtsstaatlichkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts sowie der Menschenrechte für alle unverzichtbar sind, sondern auch für die Verwirklichung einer friedlicheren, wohlhabenderen, gerechteren und ausgewogeneren Welt und eines Systems, das gerade auf den in dieser Charta enthaltenen Regeln beruht, einem universellen und rechtsverbindlichen Instrument, das eine außergewöhnliche Errungenschaft für die Menschheit und einen wahren Akt des Vertrauens an das Beste der Menschheit darstellt.
3. Wir geloben, keine Mühen zu scheuen, um die Geltung und Gültigkeit der Charta der Vereinten Nationen zu erhalten, zu fördern und zu verteidigen, die in der gegenwärtigen internationalen Lage einen neuen und noch wichtigeren Wert und eine neue Bedeutung hat. In diesem Zusammenhang bringen wir unsere Entschlossenheit zum Ausdruck, die

Arbeit unserer Freundesgruppe über den Sitz der Vereinten Nationen in New York hinaus auszuweiten, insbesondere auf die Büros der Vereinten Nationen in Genf, Nairobi und Wien sowie auf die Sitze anderer Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, um unsere gemeinsamen Bemühungen um die Achtung und Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen sowohl nach dem Wortlaut als auch nach dem Geist zu fördern.

4. Wir bringen unsere ernste Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass der zunehmende Rückgriff auf den Unilateralismus nicht nur dem Multilateralismus, sondern auch der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität schadet, die heute mehr denn je vertieft werden müssen, auch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, um kollektive, alle einbeziehende und wirksame Lösungen für die gemeinsamen Herausforderungen und Bedrohungen eines 21. Jahrhunderts der Vernetzung zu finden. Daher bekräftigen wir unser festes Engagement für einen wiederbelebten Multilateralismus, in dessen Mittelpunkt die Vereinten Nationen stehen sollen, und bekunden gleichzeitig unsere Unterstützung für Nationen und Völker, die einseitigen und willkürlichen Vorgehensweisen ausgesetzt sind, die sowohl gegen die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze als auch gegen die grundlegenden Normen des Völkerrechts verstoßen, und erneuern unseren Aufruf zur uneingeschränkten Achtung des unveräußerlichen Rechts der Völker auf Selbstbestimmung sowie der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit aller Nationen.
5. Wir laden diejenigen Mitglieder der internationalen Gemeinschaft ein, die sich zu den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Zielen und Grundsätzen, zum Vorrang der Legalität vor der Gewalt, zu den Werten des Dialogs, der Toleranz und der Solidarität sowie zu einem wirksamen und integrativen Multilateralismus bekennen, zu erwägen, unserer Freundesgruppe beizutreten und/oder diese Erklärung so bald wie möglich zu billigen, als Teil unserer gemeinsamen Bemühungen, unsere gemeinsame Agenda voranzubringen und letztlich das Versprechen der Charta der Vereinten Nationen einzulösen und sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird.

hier eingereicht von Peter Klemm am 27.9.2021

Die Einreichung wurde bei Redaktionsschluss der letzten Ausgabe vom mir übersehen und ich entschuldige mich dafür (Holger Thurow-N.)



Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?

Jungdemokraten / Junge Linke Hessen

Schloßstraße 46

60486 Frankfurt am Main

info@jungdemokratenhessen.de
www.jungdemokratenhessen.de

Redaktion: Markus Büchting, Gesa Heinbach,
 Stefanie Janczyk, Carmen Ludwig, Oliver Schulz

Satz: Gesa Heinbach

November 2003

Die Redaktion dieser Zeitschrift versucht auch weiterhin mit allen radikaldemokratischen Autoren der damaligen Broschüre Kontakt aufzunehmen, um uns mit ihnen über ihre radikaldemokratischen Positionen zu verständigen.

Gleichzeitig möchten wir uns mit den Texten der Broschüre auseinandersetzen und laden natürlich auch unsere Leser dazu ein, sich mit Beiträgen an der Debatte über die Positionen die in dieser Broschüre vertreten werden, zu beteiligen. Um die Debatte beginnen und dann systematisch fortsetzen zu können, werden wir den Inhalt der Broschüre immer abschnittsweise veröffentlichen.

(Fortsetzung aus Nr. 30/21)

Einleitungstext:

Jungdemokraten fordern seit langem die Abschaffung der Geheimdienste, denn Geheimdienste sind höchst undemokratische Institutionen: Zum einen schnüffeln sie im ‚Geheimen‘, sie müssen die Gründe für ihre Verdächtigung - jemand oder eine Gruppe sei ein Verfassungsfeind - nicht offen legen und sind der demokratischen Kontrolle fast vollständig entzogen. Zum anderen ist die Festlegung, welche Gruppierung als verfassungsfeindlich gilt und verboten wird, eine willkürliche (hierzu sagt der nachfolgende Text einiges). Jungdemokraten setzen sich daher gegen staatliche Gesinnungsschnüffellei und -verbote ein, und zwar ganz egal, ob diese gegen ‚rechts‘ oder ‚links‘ gerichtet sind. So haben sich Jungdemokraten in der jüngeren Vergangenheit auch gegen das geplante NPD-Verbot ausgesprochen.

Im November 2000 veranstaltete der Bundesverband der JD/JL zusammen mit dem Bildungswerk Ludwig-Quidde-Forum eine (V-)Erfassungsschutztagung, auf der man gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Grund- und Bürgerrechtsorganisation die problematische Rolle, Funktion und Praxis des Verfassungsschutzes diskutierte. Der nachfolgende Text ist eine gekürzte Version des Beitrags den Florian auf dieser Tagung gehalten hat. Der vollständige Text ist unter www.radikaldemokratie.de abrufbar.

3.4. „Wehrhafte Demokratie“ – die normale Ausnahmeverfassung von Florian Rödl

[...] Die Abschaffung der Ämter für Verfassungsschutz und der anderen Geheimdienste wieder auf die Tagesordnung zu setzen, darum sind wir heute zusammengekommen. Jedoch: Wie stehen unsere Chancen? Dass es sich beim Verfassungsschutz um einen Inlands-Geheimdienst handelt, von dessen Spitzeleien jedermann betroffen werden kann, dieser Umstand allein hat bislang nicht genügend Menschen überzeugt. Ebenso wenig, dass sein Nutzen, selbst wenn man ihn aus parteilicher Perspektive bestimmt, in keinem Verhältnis zu seinen Kosten steht. Auch die Geschichte der Skandale, von denen wir später genauer hören werden, hat bislang als Argument nicht ausgereicht. Warum reicht das nicht? Grund dafür wird sein, dass der Verfassungsschutz von einer wirkungsmächtigen Legitimationsfigur getragen wird. Der Verfassungsschutz ist mit dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung betraut, so heißt es. Und das sagt uns selbstverständlich noch überhaupt nichts. Die bedeutsame Legitimationsfigur bildet erst der Begriff, der auch schon den Modus angibt, in dem der Schutz

gewährleistet werden soll: „Streitbare Demokratie“ heißt er oder auch „wehrhafte Demokratie“. Die Ämter für Verfassungsschutz sind eine der wichtigsten Bewaffnungen dieser wehrhaften Demokratie. [...]

I. Wehrhafte Demokratie versus offene Verfassung

Demokratie ist die Form menschlicher Freiheit in ihrer gesellschaftlichen Existenz. Denn sie ist dadurch konstituiert, dass alle Menschen gleichberechtigt an der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse beteiligt sind. Steuerung geschieht durch Recht und auch Zwang. Die Legitimation von Recht und Zwang beruht allein auf dem demokratischen Prozess der Erzeugung der rechtlichen Regelungen. Sie beruht nicht auf der Übereinstimmung der Ergebnisse des Prozesses mit irgendwelchen von wem auch immer inhaltlich vorherbestimmten oder erkannten Inhalten. - Wohlgemerkt: Es geht nicht um die Gerechtigkeit oder Richtigkeit des demokratisch erzeugten Rechts. Dieses Urteil kann der demokratische Prozess dem einzelnen nicht abnehmen, weil der Prozess selbst sich gerade aus dem Streit um die Gerechtigkeit speist. Der demokratische Prozess ist nicht die Antwort auf die Frage nach der Gerechtigkeit des geltenden Rechts, sondern die Antwort auf die Frage nach der Legitimation seiner Geltung gegenüber jedermann. Um die gleichberechtigte Teilhabe aller zu gewährleisten, ist der demokratische Prozess durch eine Reihe von fundamentalen subjektiven Freiheiten und institutionellen Freiheitsgarantien näher bestimmt. Wir finden sie im Grundgesetz normiert. Da ist einmal die subjektive Meinungsfreiheit in Artikel 5 Absatz 1. Dazu gehört Artikel 8 Absatz 1, das Recht, sich zu versammeln und zu demonstrieren. Ihm folgt Artikel 9 Absatz 1, der das Recht normiert, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Schließlich gehört jedenfalls für die Bundesrepublik auch Artikel 21 Absatz 1 dazu, der die freie Gründung von Parteien garantiert. Ausgehend von der Meinung des einzelnen steigt diese Reihung der Artikel auf zu immer stärker kollektiven Formen und institutionellen Verdichtungen des politischen Prozesses. Das ist das Konzept einer offenen demokratischen Verfassung. Sie könnte sich dann radikaldemokratisch nennen, wenn sie nicht mehr auf vermachtete gesellschaftliche Verhältnisse stieße, die die rechtliche Gleichheit aller im Prozess konterkariert.

Aber ich will jetzt nicht über die Widersprüchlichkeit einer Demokratie im Kapitalismus sprechen. Denn die „wehrhafte Demokratie“ setzt den offenen demokratischen Prozess nicht von außen, sondern von innen her unter Druck. Die „wehrhafte Demokratie“ haben die Grundgesetzstifter schon in die demokratischen Freiheiten selbst „hineingeschraubt“ (Ridder). Zwar ist der Zusammenschluss in Vereinen frei, aber sie sind verboten, wenn sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, Artikel 9 Absatz 2. Parteien, die nach den Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, sind verfassungswidrig, Artikel 21 Absatz 2. Wer schließlich als einzelner bestimmte Grundrechte, unter ihnen wiederum gerade Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit, zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, der kann sie verwirken nach Artikel 18. Noch bevor wir also nach gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu fragen brauchen, die den demokratischen Prozess unterminieren und darum nach

Möglichkeit selbst demokratisiert werden müssen, begegnen uns im demokratischen Prozess selbst schon Verkürzungen seiner zentralen Freiheiten. Verkürzungen durch die Verpflichtung dieser Freiheiten auf die „freiheitliche demokratische Grundordnung“.

Was die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ ist, das hat das Bundesverfassungsgericht aus den Entwürfen zur Wiedereinführung des politischen Strafrechts 1951 für den Leitsatz seines ersten Verbotsurteils gegen die Sozialistische Reichspartei abgeschrieben: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip bei Chancengleichheit aller Parteien und einem Recht auf parlamentarische Opposition.

Ignoriert man für einen Moment den historischen Kontext, mag sich der Gehalt der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ so schlimm nicht anhören, und man möchte meinen, in diesem Rahmen müsse sich doch jeder leidlich bewegen können. Es ist nicht zuletzt diese Intuition, die die „fdGO“-Formel so unverdächtig erscheinen lässt, und es der Kritik so schwer macht, gehört zu werden. Um was es sich aber tatsächlich handelt, eröffnet sich erst dem, der sich vor Augen führen lässt, dass in diesen Freiheitsverkürzungen Ermächtigungen liegen, für bestimmte Personen bestimmte Grundrechte außer Kraft zu setzen: Entweder wird den Mitgliedern von Partei oder Vereinigung das Grundrecht genommen, sich gerade in dieser Partei oder dieser Vereinigung zu organisieren und gerade mit ihrer Hilfe am demokratischen Prozess teilzuhaben (Partei- und Vereinsverbot). Oder es wird ihnen gleich unmittelbar und in jeder Form die Freiheit entzogen, überhaupt einem Verein beizutreten oder ihre Meinung zu äußern (Grundrechtsverwirkung). Zum Schutz der Ordnung werden subjektive Rechte und gesellschaftliche Freiheitsgarantien partiell suspendiert. - Dies ist nicht irgendeine allgemeine Freiheitsbeschränkung, sondern wir stoßen hier auf die Struktur des Notstands, des Ausnahmezustands.

Die deutschen Verfassungen des 19. Jahrhunderts kannten den Ausnahmezustand insbesondere als Belagerungszustand. Im Falle einer Bedrohung von außen konnte die Rechtsordnung im Inneren partiell ausgesetzt werden. Die Weimarer Reichsverfassung hatte die Notstandsverfassung über Art. 48 dann zur ständigen Nebenverfassung erhoben. Denn bereits eine „erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ löste die Notverordnungscompetenz des Reichspräsidenten aus, die die Aussetzung von Grundrechtsgarantien einschloß.

Für die Ausgestaltung des Ausnahmezustands im Grundgesetz waren nun insbesondere zwei Motive ausschlaggebend. Erstens sollte der Ausnahmezustand verrechtlicht werden. Seine Voraussetzungen sollten abschließend festgelegt werden, ebenso seine Folgen. Zweitens sollte nicht die politische Staatsführung, sondern die strukturell regierungsferne und zudem garantierbar personell nazifreie Institution Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden. Das Bundesverfassungsgericht sollte der „Souverän über den Ausnahmezustand“ sein.

Leider verbanden sich diese beiden ehrenwerten Motive mit einem weiteren aufrichtigen, nämlich dem „Nie wieder!“ und „Wehret den Anfängen“. Der neue Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung sollte präventiv greifen. Aus

diesem Motiv heraus wurde - im Gegensatz noch zur Weimarer Verfassung - auf eine objektive Gefährdung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ als rechtliche Voraussetzung für die Auslösung von Notstandsfolgen verzichtet.

[...]

Auf diese Weise hatte der Parlamentarische Rat zwar durchaus das Arsenal des Ausnahmezustands rechtsförmig begrenzt - Art. 9 Absatz 2, 18 und 21 Absatz 2, Parteiverbot, Vereinsverbot, Grundrechtsverwirkung -, in seiner zeitlichen Dimension aber vollständig entgrenzt. Das rechtfertigt es von einem permanenten Notstand zu sprechen. Mit der „wehrhaften Demokratie“ gibt es keinen Normalzustand jenseits des Ausnahmezustands mehr. Die „wehrhafte Demokratie“ ist die normale Ausnahmeverfassung.

II. Entgrenzung der „wehrhaften Demokratie“

Gleichwohl. Weil immerhin Voraussetzungen, Folgen und ein förmliches Verfahren geregelt sind, hat Ridder davon gesprochen, damit sei im Grundgesetz lediglich ein „antidemokratischer Wurm“ enthalten, der aber nicht den Charakter des Grundgesetzes definiere.

Das Grundgesetz sah die Grundrechtssuspensionen eben als streng geregelte Ausnahmen von der Regel unverkürzter politischer Freiheit vor. Dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis verlangt mit Blick auf den fundamentalen Wert der Freiheiten für eine offene Verfassung der Demokratie, dass diese Ausnahmen eng ausgelegt werden und keine weiteren Notstandsstrukturen an anderer Stelle eingelassen werden. Doch das währte nicht lange. Durch den Druck der erfolgreichen Restauration repressiver Staatlichkeit in der Adenauer-Bundesrepublik brach diese Konstruktion bald zusammen. Das Bundesverfassungsgericht vermochte diesem Druck nicht standzuhalten.

Der methodische Weg des Bundesverfassungsgerichts zur Zerlegung der notdürftigen und bemühten Verrechtlichung des Ausnahmezustands seitens der Grundgesetzgeber war der folgende: Die Vorschriften in Art. 9 Absatz 2, 21 Absatz 2 und Artikel 18 wurden nicht als isolierte Ausnahmenvorschriften interpretiert, sondern als Ausdruck eines „Grundgedankens“. Diesen Grundgedanken erhob das Gericht im nächsten Schritt zum rechtsverbindlichen „Verfassungsprinzip“. Ein „Verfassungsprinzip“, das muss erläutert werden, ist eine mächtige und zugleich sehr flexible Sache. Ein Verfassungsprinzip ist ein Interpretationsgrundsatz, der die Auslegung auch alles einfachgesetzlichen Rechtes steuern darf. Er darf auch bei der Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit von einfachgesetzlichem Recht zur Geltung kommen. Die Betonung liegt hier jeweils auf „darf“, denn ein Verfassungsgrundsatz kommt dann zum Einsatz, wenn er für das jeweilige Ergebnis nützlich ist. Das unterscheidet ihn vom geschriebenen Verfassungsrecht. Das macht ihn flexibel. Mächtig ist er, weil er sich stets auch gegen geschriebenes Verfassungsrecht, insbesondere die Grundrechte und den Gleichheitssatz, durchzusetzen vermag.

Wenn „wehrhafte Demokratie“ nicht mehr nur der Oberbegriff, das Schlagwort für drei enge Ausnahmeregelungen im übrigen unverkürzter Freiheitsgarantie ist, sondern zum „Verfassungsprinzip“ erhoben wird, ist es mit ihrem begrenzten, limitierten Charakter vorbei. Sie gestattet nunmehr Grundrechtsverkürzungen auf einfachgesetzlicher Ebene und

auf der Ebene schierer Verwaltung - insofern sie sich nur als Ausdruck dieses Prinzips darstellen lassen.

Entsprechend hat sich bis heute ein ansehnliches Waffen-Arsenal der wehrhaften Demokratie in einfachen Gesetzen und Verwaltungsermächtigungen angesammelt. Da sind einmal die Strafvorschriften des politischen Strafrechts im Abschnitt „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“. Nach diesen wird u.a. die grundgesetzlich vorgesehene Vereinsauflösung verstärkt durch das strafrechtliche Verbot, für verbotene Vereine oder Parteien weiter zu arbeiten oder gar nur ihren organisatorischen Zusammenhalt zu unterstützen.

Weiter geht es mit den Berufsverboten, also die Entlassung aus oder Nicht-Einstellung in den öffentlichen Dienst. In diesem Zusammenhang wurde von der Rechtsprechung der Begriff der „noch nicht verbotenen“ Vereinigung oder Partei geboren. Berufsverbote können nämlich - dank des Verfassungsprinzips der „wehrhaften Demokratie“ und insbesondere seines Präventionsgedankens - auch gegen Mitglieder und Anhänger von legalen Parteien und Vereinigungen verhängt werden, nämlich solche, die „noch nicht verboten“ sind. Solche noch nicht verbotenen Vereinigungen können dann auch von der Gewähr öffentlicher Mittel ausgeschlossen werden - eine weitere Waffe der wehrhaften Demokratie.

[...]

Mit der „noch nicht verbotenen“ Organisation sind wir auf einen entscheidenden Wendepunkt im Institutionengefüge gestossen. Sie markiert zunächst nichts weniger als die verbrämte Re-Inthronisierung des „Staatsfeinds“ alten Denkens - über den kleinen begrifflichen Umweg des „Verfassungsfeinds“. Besagte Parteien und Vereinigungen sind „noch nicht verboten“ - aber kurz davor. Sie sind „verfassungsfeindlich“, ihre Anhänger darum „Verfassungsfeinde“. Konsequenterweise wäre zwar der „Verfassungsfeind“ ein Bürger, der seine Grundrechte „noch nicht“ nach Artikel 18 verwirkt hat. Der zwingende Umkehrschluss wäre, dass ihm die Grundrechte darum uneingeschränkt zustehen müssen. Weil dies zu offensichtlich ist, hat der „Träger noch nicht verwirkter Grundrechte“ es nicht in die Urteile des Bundesverfassungsgerichts geschafft. Geblieben ist nur der „Verfassungsfeind“ als Anhänger noch nicht verbotener Organisationen. Der „Verfassungsfeind“ hat keinerlei rechtliche Kontur. Als Attribut des Grundrechtsträgers lässt er sich der Begriff unmittelbar gar nicht konturieren, sondern nur im Umweg über die Anhängerschaft für eine verfassungsfeindliche Organisation.

Und diese Organisationen sind verfassungsfeindlich, wenn sie Anhaltspunkte für Bestrebungen bieten, die gegen den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind. Die Herrschaft über den Begriff der Verfassungsfeindlichkeit, die lag nun von vornherein bei der Regierung.

Wir haben es bei der Verfassungsfeindlichkeit mit einer atemberaubenden Vervielfältigung des Präventionsgedankens der „wehrhaften Demokratie“ zu tun. Zunächst bezeichnete er, wie geschildert, noch grundgesetzkonform den Verzicht auf eine objektive Gefahr für die Verfassung als Voraussetzung für Grundrechtsbeschneidungen. Dann aber beginnen seine grundgesetzwidrigen und den antidemokratischen Wurm zur Krake ausbildenden Vervielfältigungen. Den Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorgelagert ist das Ausspähen von möglichen Kandidaten solcher Verfahren, die dann aber

selbstständigen und vom Bundesverfassungsgericht unabhängigen Freiheitsbeschneidungen unterworfen werden: Berufsverbot, Disziplinarrecht, Förderungszug, Bestrafung - zu Präventionszwecken. Hierfür liegt die Kompetenz in jeder Hinsicht allein bei den Exekutivbehörden. Deren Eingriffsschwelle wird aber ein weiteres mal den Präventionsgedanken verdoppelnd gesenkt. Es genügen tatsächliche „Anhaltspunkte für Bestrebungen“, gefordert sind nicht wenigstens einmal feststellbare „Bestrebungen“, um alle Mitglieder und Anhänger mit zumindest partiellen Grundrechtssuspensionen zu bedrohen.

Um ihre verfassungswidrig angeeignete Aufgabe zu erfüllen, hat die Regierung die großen und auch noch geheimen Ämter für Verfassungsschutz geschaffen. Mit ihrer Hilfe sammelt die Regierung im Wege von grundgesetzlich nicht vorgesehener Grundrechtsverletzung durch geheimdienstliche Tätigkeit Informationen. Sie veröffentlicht daraus selektiv und nach tagespolitischer Konjunktur in den jährlichen Verfassungsschutzberichten, den „hoheitlichen Verrufserklärungen“, wie Jürgen Seifert sie bezeichnet hat. Und vor allen Dingen kann die Regierung selbst bestimmen, wie weit der Präventionsgedanke getrieben werden soll, wie sicher die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ jeweils gemacht werden soll.

Ein eigentümlicher Effekt besteht darin, dass je weniger Rechtsverstöße der betroffenen Organisation zur Last gelegt werden und werden können, je weniger „Anhaltspunkte“ sie also aufweist, desto absurder wird nicht ihre Inkriminierung als „verfassungsfeindlich“, sondern desto gefährlicher weil schlauer und durchtriebener wirkt die Organisation. Ich darf hier einen besonders unverfrorenen Beleg aus der Feder des Bundesamtes für Verfassungsschutz einstreuen, der sich auf der Internetseite unter dem Feld „Linksextremismus“ anklicken lässt. Dort heißt es:

„Die extremistische Linke hat es immer wieder verstanden, sich als eine politische Bewegung darzustellen, die in aufklärerischer Tradition stehe, die radikal im besten Sinne sei, nämlich radikaldemokratisch. Sie gibt vor, gegen Unterdrückung und illegitime Herrschaft zu kämpfen. [...] Geschickt benutzen Linksextremisten demokratische und soziale Ansätze, bedienen sich vorhandener Anti-Autoritätsstimmungen [...] So gelingt es ihnen immer wieder, die Unterstützung einer meist jugendlichen Symphantisantenszene zu gewinnen und selbst Nachsicht durch Teile einer sich als kritisch verstehenden Öffentlichkeit zu erfahren.“

[...]

III. In der „wehrhaften Demokratie“ ist die Regierung der Souverän

Über das Konzept der allgegenwärtigen und präventiv „wehrhaften Demokratie“ hat sich letztlich die Regierung des Notstandsinstrumentariums wieder vollständig bemächtigt. Sie beherrscht den Ausnahmezustand, der in seiner Permanenz für die Regierung noch effektiver und für die Bürger noch bedrohlicher ist. Die je gerade im Amt befindliche Regierung hat die Macht festzulegen, wer seine Grundrechte noch genießen darf und wer sie durch Missbrauch schon verwirkt hat. Sie hat die Macht festzulegen, welcher Kritik sie sich stellen will und welcher nicht. Sie muss im Unterschied zu früher nur den kleinen Umweg über das Vokabular des „Verfassungsfeindes“ gehen, aber mehr ist es auch nicht. [...]

Der vervielfachte Präventionsgedanke allein schon verführt geradezu zu abenteuerlichen Verdächtigungen. Das geheimdienstliche Herz der „wehrhaften Demokratie“ ermöglicht zudem, die auftretenden Argumentationsklüfte solcher Verdächtigungen zu überbrücken - durch Verweis auf geheimes Material. Und nicht zuletzt schließt die Macht, den Verfassungsfeind zu definieren, mit ein zu bestimmen, was denn überhaupt in der Verfassung steht und was ihre zu verteidigenden Werte sind. Damit werden die vorgeblichen materialen Gehalte der Verfassung auch noch der Autorität der Regierung unterstellt - ganz ohne Diskurs, Konsens, Zivilgesellschaft, Streit und was nicht alles Schönes.

[...]

Wenn wir die Geheimdienste abschaffen wollen, genügt es nicht, ihre Skandale, Übertreibungen und Exzesse zu kritisieren. Wir müssen einen Kampf gegen das Konzept der wehrhaften Demokratie führen, das die Regierung zum Souverän über den permanenten Ausnahmezustand erhoben hat. Ein politischer Kampf im Namen unbeschränkbarer Freiheiten einer radikaldemokratischen Gesellschaft in offener Verfassung

Einleitungstext zu 3.5.

Die Versuche von Nazis, öffentlich zu demonstrieren, haben in den vergangenen Jahren merklich zugenommen. Als die Bundesregierung 2001 ein Verbotsverfahren gegen die NPD auf den Weg brachte und das Bundesverfassungsgericht im selben Zeitraum mehrere Urteile fällte, die seither das Demonstrationsrecht merklich einschränken bzw. dem Staat mehr Handhabemöglichkeiten gegen Demos zusprachen, löste dies in der bundesdeutschen Linken eine Debatte über ein Verbot von Nazi-Demos aus. Auch bei JD/JL wurde diese Frage viel und kontrovers diskutiert. Anders als die überwiegende Mehrheit der bundesdeutschen Linken, die sich für ein Verbot von Nazi-Demos aussprach und spricht, setzte sich bei Jungdemokraten die Position durch, in den Demonstrationsrechtseinschränkungen vor allem einen Angriff auf Grund- und Freiheitsrechte zu sehen, diese zu verurteilen und für die Wiederherstellung und Einhaltung des Demonstrationsrechts einzutreten, auch für Nazis.

Der nachfolgende Text von Stefanie ist im Kontext dieser Debatte und aus Anlass einer NaziDemo am 1. Mai in Frankfurt/Main entstanden und im Juni 2002 im „!“, der Zeitung der Frankfurter Hochschulgruppe Demokratische Linke, erschienen.

3.5. Grundrechte verteidigen! - Nazis wegemonstrieren!

von Stefanie Jancyk

Frankfurt 1. Mai 2002. Nach langem Hin und Her war es endlich raus: Von 9.00-11.30 sollte es den Nazis erlaubt sein in Fechenheim zu demonstrieren. Doch daraus wurde nichts: Die Polizei führte bei den angereisten Nazis Leibesvisitationen und erkennungsdienstliche Behandlungen durch und dehnte diese so lange aus, bis die Nazis gegen 11.00h, ohne Aussicht auf Erfolg, auch nur einen Schritt demonstrieren zu können, von Dannen zogen. Unterstützung für dieses Vorgehen fand sich in der gesamten bürgerlichen Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch in der Linken. Schließlich traf es doch eigentlich die Richtigen. Doch so

verständlich es auch sein mag, den Nazis alles Übel dieser Welt an den Hals zu wünschen, so problematisch ist es, dass repressive Vorgehen der Polizei nicht scharf zu kritisieren. Denn hierbei handelt es sich nicht um wirksames Vorgehen der Polizeikräfte „gegen Rechts“, sondern in erster Linie um einen Anschlag auf Demonstrationsfreiheit und Demokratie. Im Kern handelt es sich um eine Maßnahme der politischen Justiz.

Kritik der Linken wäre dabei schon aus rein egoistischen Gründen angebracht: Was sich diesmal noch gegen den Gegner wendet, kann bei nächster Gelegenheit schon einen selbst treffen. Denn wann und gegen wen solche repressiven Methoden in Anschlag gebracht werden, entscheiden staatliche Stellen aufgrund von politischen Machtkalkülen. Dass dies so ist, hat spätestens die Verschärfung der Ausreisebestimmungen gezeigt: Eingeführt wurde diese Einschränkung des Grundrechts auf Bewegungsfreiheit, um angeblich lediglich die Reise gewalttätiger deutscher Hooligans zur Fußball-EM unterbinden zu können, wurden sie im Zuge der Genua-Proteste kurzer Hand auch auf Globalisierungskritiker angewandt. Teilweise reichte die einmalige erkennungsdienstliche Behandlung auf einer Demonstration aus, um Globalisierungskritiker als potentielle „Demo-Hooligans“ oder „Randale-Touristen“ zu stigmatisieren und ihnen die Ausreise aus der Bundesrepublik zu verwehren.

Vor solcherlei Staatswillkür schützen uns nur die Grundrechte. Bedingungslos garantieren sie uns einen Freiheitsbereich (Meinungs-, Versammlungsfreiheit usw.), der eben frei ist von staatlichem Zugriff und Zensur. Diese Rechte sind für eine freie Gesellschaft und einen von ihr getragenen demokratischen Staat konstitutiv. Unzensurierte Willenbildungs- und Organisationsprozesse der Bevölkerung bringen legitime Regierungsgewalt erst hervor. Sie sind nur verwirklicht, wenn die Grundrechte für alle gelten. (Quasi-)Verbote bestimmter Meinungen und Versammlungen sind mit Demokratie nicht vereinbar. Schon das die Nazis am 1. Mai nur in Fechenheim demonstrieren durften, ist ein massive Verletzung des Demonstrationsrechts. Doch dass eine legale, genehmigte Demonstration durch die Polizei unterbunden wurde, ist eben schlicht politische Justiz.

Mancher Linker wendet dagegen ein, dass dies ja prinzipiell richtig sei, Nazis aufgrund der deutschen Geschichte aber eine Ausnahme darstellten: Demonstrationsfreiheit ja, außer für Nazis. Nur um eins klarzustellen: Sollte es jemals wieder ein solches Kapitel in der deutschen Geschichte geben, sollte man sich in der Situation vom Rechtsstaat verabschieden und alles Erdenkliche für den Widerstand tun. Aktuell sind wir aber zum Glück weit davon entfernt quasi kurz vor einer erneuten „Machtergreifung“ zu stehen. Zwar gibt es ein bedenkliches Potential an Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, doch verfügen wir auch über funktionierende - wenn auch in vielerlei Hinsicht kritikwürdige - demokratische Strukturen und Kräfte, die es uns ermöglichen mit diesem umzugehen. Davon ab ist es ein Trugschluss zu glauben, autoritäre Methoden, wie Verbote, würden Rechtsradikalismus wirksam und nachhaltig bekämpfen. Er verschwindet lediglich für einen Moment lang unterhalb der öffentlichen Sichtbarkeitsgrenze, bleibt aber als Überzeugung bestehen und wird bei nächster Gelegenheit, u.U. sogar umso schärfer, erneut hervortreten.

Sollen wir etwa keine Gegendemos machen und versuchen Naziaufmärsche zu verhindern? Doch sollen wir. Aber es ist

eben Aufgabe unseres bürgerschaftliches Engagements, die Aufmärsche zu verhindern und nicht Sache der Polizei. Ein solches Engagements unterscheidet sich von der politischen Justiz-Methode dahingehend, dass hier nicht der Staat die Grundrechte verletzt, sondern das die Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit und Meinungsäußerung wahrnehmen, ziviles Engagement zeigen, argumentativ und in großer Zahl präsent sind und den Nazis den öffentlichen Raum streitig machen. Aber wenn der Staat entscheidet wer demonstrieren darf, Demos faktisch der Genehmigung bedürfen, dann haben die Nazis am ersten Mai einen riesengroßen Sieg eingefahren. Nazis weg demonstrieren!

3.6. Wozu Strafen?

von Florian Rödl

Durch Strafrecht werden Menschen kontrolliert, überwacht, verhört, genötigt, erpresst, eingeschlossen. Sollten wir es nicht einfach abschaffen? Das richtet sich nicht nur auf die Abschaffung von Knästen, sondern gegen den eigenen Anspruch des Staates, Menschen zu bestrafen. Mit Strafrecht bezeichne ich das ganze institutionelle Gefüge von Strafgesetzen, Strafrechtswissenschaft, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Gefängnis / Strafvollzug, Strafgerichte.

Gängige Strafzwecke: eine immanente Delegitimierung

„Warum willst du, dass ein Totschläger ins Gefängnis kommt?“ - „Er hat doch einen anderen totgeschlagen!“

Zirkulär sind sie oft, die ersten Antworten auf die Frage nach dem Grund der Strafe. Wahrscheinlich verbirgt sich in der mechanischen Wiederholung des Namens des Verbrechens ein Verweis auf den Strafgrund von Vergeltung oder Rache, indem sich die Strafe durch die Tat scheinbar selbst erklärt. Fragt man nach, traut sich niemand mehr, Vergeltung um Gottes oder der Sittlichkeit Willen zu fordern.

Das heute gängige Begründungsmuster staatlichen Strafens heißt Prävention - vorbeugende Verhinderung von Straftaten. Prävention als Straflegitimation sollte metaphysisch-religiös begründetes Vergelten durch eine zweckrationale Begründung ersetzen. Anders ausgedrückt: Der Strafzweck Prävention behauptet, dass staatliches Strafen zu etwas Nutze ist. Unterschiedliches wird dabei behauptet:

(1) Resozialisierung: Durch Strafe findet der Mensch, der sich durch seine Untat als asozial erwiesen hat, wieder zur gesellschaftlichen Norm zurück und hält sie zukünftig ein.

(2) Spezialprävention: Durch Strafe wird die Gesellschaft vor dem Täter, der immer potentieller Wiederholungstäter ist, geschützt.

(3) Negative Generalprävention: Die anderen potentiellen Täter werden durch die Aburteilung ihrer Geschwister im Geiste von eigenen Untaten abgehalten.

Zentrale Irrtümer sind den einzelnen Varianten gemeinsam: Durch die Bestrafung, die Tätigkeit der Strafverfolgungs-Institutionen und die begleitenden öffentlichen Diskurse sollen die Menschen angeblich zu rechtstreuem Handeln motiviert werden. Empirisch lässt sich diese Behauptung nur schwerlich belegen. Aber selbst bei Verzicht auf Empirie ist sie nicht einmal plausibel. Sie macht eine Reihe starker Voraussetzungen:

(1) Die Entscheidung der Akteure für und wider eine Straftat müsste nach rationalen Nützlichkeitskriterien getroffen

werden. Viele Verletzungen von Personen haben ihren Ort in vermachteten sozialen Näheverhältnissen. Hier geht es bei einer Straftat regelmäßig um den Ausgleich seelischer Verletzungserfahrungen, eine Situation, die in keiner Weise mehr rationalen Kalkülen zugänglich ist, weil der/die Betroffene buchstäblich „nicht mehr weiter weiß“ oder schlicht ausgerastet ist. Weiterhin fehlt allgemein in dieser unterstellten Nützlichkeitsrechnung eine ganz entscheidende Größe: die Entdeckungswahrscheinlichkeit; und subjektiv hoffen alle, sich staatlicher Strafe entziehen zu können. (Deswegen darf der steuernde Effekt staatlichen Strafsens auch nicht mit einer Blitzampel verglichen werden, deren Standort man womöglich auch noch kennt. Natürlich fährt man da nur bei grün!) Allenfalls im Bereich der Kleinkriminalität, wie Schwarzfahren oder Ladendiebstahl, mögen Vor- und Nachteile ökonomisch überhaupt abgewogen werden. Die zivilrechtlichen Instrumente (wer schwarzfährt, schließt - juristisch gesehen - einen Beförderungsvertrag über 60 DM ab) und die Peinlichkeit bei Entdeckung haben bereits den gleichen Effekt.

(2) Die Abstraktion von den sozialen Kontexten einer Handlung und den Umständen der konkreten Tat-Situation, die das Strafsystem durch die Fassung unter allgemein formulierte Straftatbestände erzwingt, müsste dem Handelnden bekannt und präsent sein. Wer findet bspw. schon, dass Territoriumskämpfe von Jugendgangs und ein seine Frau verprügelnder Ehemann gut zu vergleichen sind, weil beide Male eine Nase gebrochen wird (Körperverletzung, § 223 StGB)? Schon gar nicht die Beteiligten.

(3) Die spezifischen Normen des Strafrechts müssten auch die Normen desjenigen sozialen Kontextes prägen, in den der einzelne Akteur eingebunden ist (bspw. Börsenmaklerzirkel, Bordell, Graffiti-Sprayer, Frauenlesben-Projekt). Dabei bestehen in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen komplexe Normensysteme, die sich auch noch ständig verändern. Auf ihre Verletzung wird innerhalb des Zusammenhangs gewaltförmig oder zivil reagiert. Mit dem Strafrecht haben diese Normgefüge meist nicht viel gemein, sie verstoßen bisweilen dagegen. Drum: mit den Präventionskonzepten zur Verhaltenssteuerung ist es nicht weit her.

Strafrecht stellt herrschende Moral öffentlich dar

Versteht man unter symbolischer Politik, dass in Ersetzung effektiver steuernder Maßnahmen zur Bearbeitung sozialer Probleme ineffektive aber legitimationsstiftende Maßnahmen ergriffen werden, die eine Lösung suggerieren, dazu aber von vornherein nicht geeignet sind, dann ist Strafrecht der Inbegriff symbolischer Politik. Durch das Strafrecht werden gesellschaftliche Konflikte individualisiert, die im Konstrukt Kriminalität nur ihren symbolischen Ausdruck finden. Die dazu berufenen Instanzen können den Täter finden und durch Aburteilung moralisch ächten. Wie durch andere symbolische Politikformen - Umbenennung von Behörden, Umschichtung von Defiziten zwischen Renten- und Arbeitslosenkassen - demonstriert staatliche Politik durch Strafrecht und Strafverfolgung Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit. Andererseits bleiben Strafmaßnahmen bezogen auf den von ihnen behaupteten Zweck - Schutz durch Verhaltenssteuerung - wirkungslos.

Das heißt aber nicht, dass Strafrecht gesellschaftlich folgenlos wäre. Die Konsequenzen zeitigt das Strafrecht als symbolische Politik auch auf einer symbolischen Ebene: Strafrecht stellt eine Moral öffentlich dar. Das Strafrecht gibt öffentlich moralische Maßstäbe und Argumente vor, die die herrschende Gesellschaftsordnung verankern und gegen Kritik absichern. Wunderbar deutlich wird das, wenn Strafrechtslehrer vom Strafrecht als „ethischem Minimum der Gesellschaft“ sprechen. Die Fragen nach dem für und wider ihrer Rahmenbedingungen werden moralisiert und dadurch entpolitisiert.

Und wär's eine bessere Moral?

Dieser Vorwurf gegen das Strafrecht reicht über die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse hinaus. Er trifft auch diejenigen, die meinen, dass nur die Richtigen auf den Strafverfolgerstühlen sitzen müssten. Solche Protagonisten, auch „atypische Moralunternehmer“ genannt, schlagen vor, nicht mehr die Ladendiebe zu verfolgen, sondern die Wirtschaftskriminellen und Steuerhinterzieher (SPD), die Umweltkriminellen (GRÜNE) etc. Auch sie individualisieren politische Konflikte. Soziale Ungerechtigkeit, bedrohte Lebensbedingungen, Geschlechterverhältnisse erscheinen nicht mehr als Produkt der gesellschaftlichen Ordnung und sozialer Kämpfe, sondern als Effekt von moralischen Verfehlungen einzelner. Jede Fraktion schafft sich klientelorientiert ein Feindbild, um es dann mit aller Entschlossenheit zu bekämpfen. So reden auch die Vertreter eines besseren Strafrechts einer antidemokratischen moralischen Absicherung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse jenseits von Politik das Wort.

Brauchen wir eine Alternative?

Wer vom notwendig antidemokratischen Charakter und der Nutzlosigkeit des Strafrechts für den Schutz von Leib und Leben von Menschen, von der strukturellen Gewaltposition der Strafverfolgungsapparate und der konkreten Brutalität der Sanktionen für die Verfolgten überzeugt ist, kann es sich leicht machen: Alles ist besser als staatliches Strafen, auch wenn es ersatzlos entfiel.

Überdies muss man sich die einzelnen Bereiche, in denen Strafrecht eingesetzt wird, genauer ansehen. Zu vielen Straftatbeständen, bspw. Versammlungsstrafrecht, braucht es ganz deutlich keine Alternative. In anderen Bereichen verhindert das Strafrecht strukturell eine Lösung von Problemen. Gesucht ist hier keine Alternative zum Strafen, sondern etwas ganz anderes: Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen war das Umweltstrafrecht nicht geeignet, seine Abschaffung macht es aber vielleicht möglich, den politischen Kampf darum wieder zu eröffnen. Gleiches gilt für die meisten Bereiche des Wirtschaftsstrafrecht (Arzneimittel-, Wertpapier-, Außenhandelsstrafrecht etc.).

Es bleibt der Bereich der unmittelbaren Bedrohung von Leben und körperlicher Integrität, das sog. Kernstrafrecht. Schon jetzt hat jeder Verletzte einen Anspruch auf finanziellen Ausgleich. Viele Strafprozesse werden nur geführt, um diese zivilrechtlichen Ansprüche durchzusetzen. Hier sollte man sicherlich im Zivilprozessrecht etwas ändern, um die sozialen Machtverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft zurückzudrängen (die sexuell genötigte Mitarbeiterin muss bspw. staatliche Hilfe zur Beweisführung erhalten, um ihren eigenen Anspruch - nicht den staatlichen Strafanspruch -

gegen den Chef durchzusetzen). Wahrscheinlich reicht aber das bisherige Instrumentarium des zivilrechtlichen finanziellen Ausgleichs nicht aus, um den Konflikt zwischen den Beteiligten so zu regulieren, dass sie hinterher beide damit leben können. Weitere Ausgleichsmöglichkeiten müssten da noch erdacht und ausprobiert werden.

Und wie werden die Mitglieder der Gesellschaft vor dem Massenmörder oder -vergewaltiger, dem „Kindesmissbraucher“ geschützt? mag man fragen. Wichtig erscheint es hier zunächst, die Größenordnung dieser Fälle pathologischer [krankhaft, abnorm] Mehrfachtäter festzuhalten. Wer diesen Schutz durch Strafen und Einsperren für letztlich notwendig befindet, kommt mit einem Strafgesetzbuch, das keine 10 Tatbestände enthält, und einem einzigen Gefängnisbau in der Bundesrepublik aus. Dennoch bleibt die Frage legitim und drängend. Denn es fällt nicht nur schwer, bspw. mehrfache Kindesmisshandlung in das Vokabular von sozialen Kämpfen zu übersetzen. Die Übersetzung scheint zudem keinen rationaleren und effektiveren Zugang zur Vermeidung der manifesten Verletzung persönlicher Integrität zu eröffnen, schlichter: Man kann einfach die gesellschaftlichen, sozialpsychologischen Veränderungen (die Stellung der Frau, des Kindes und allgemein eines Jeden betreffend), die Erscheinungen von pathologischen Mehrfachtätern unmöglich machen sollen, nicht abwarten. Aber dennoch hat diese Sorge um den zukünftigen Schutz von Personen mit dem Strafen im Grunde nichts zu tun. Man muss darüber sprechen, in welchen Verfahren und Prozeduren die pathologischen Mehrfachtäter identifiziert werden können und was mit ihnen geschehen sollte, um sie an der Verletzung anderer zu hindern, und dabei zugleich ihre Freiheit so weit als irgend möglich zu erhalten. (Das ist angesichts des Zustands der psychiatrischen Landschaft, die dafür institutionell zuständig erschien, keine Forderung, die leicht über die Tasten geht. Die Feststellung, dass das Feld der Psychiatrie selbst umkämpft ist, kann aber nicht dazu führen, ihm weitere Kampffelder zu entziehen und die entsprechenden Menschen lieber dem völlig disfunktionalen Strafsystem zu überlassen.) Man muss versuchen, die Pathologien aufzuklären, um für jeden einzelnen die notwendigen Schutzmaßnahmen für andere einerseits und die individuellen Möglichkeiten für Prozesse der Emanzipation von der Pathologie andererseits ausloten zu können. Das bedeutet einen Verzicht auf jede Verallgemeinerung. Das Strafsystem aber fragt nach der zurückliegenden Erfüllung allgemeiner Tatbestände und nach einem allgemeinen Maß der Schuld. Darum erfährt das Interesse an Schutz vor pathologischen Mehrfachtätern eine allenfalls oberflächliche Befriedigung durch die Grundmechanismen des Strafrechts. Die richtige Antwort liegt jenseits des staatlichen Strafsens.

Kapitalismus ohne Strafrecht? - Strafrecht ohne Kapitalismus?

Foucault zufolge bündeln sich in der modernen Strafpraxis eine Anzahl der für die kapitalistische Disziplinargesellschaft charakteristischen Normierungstechniken, bspw. Armee, Schule, Fabrik (Foucault, M., Überwachen und Strafen, 1977, Teil III, S. 173 - 250). In diesem Sinne mögen Strafrecht und bürgerliche Ordnung verknüpft sein. Falsch wäre aber der Umkehrschluss, dass eine andere als die bürgerliche Ordnung mit einem öffentlichen Strafanspruch nichts anfangen könnte,

ebenso, dass die bürgerliche Ordnung für ihre Stabilität auf das Strafrecht angewiesen ist. Denn es gibt andere Möglichkeiten, Moral öffentlich darzustellen, und es gibt andere Techniken - effektivere und feinere -, Menschen zu disziplinieren. Die ideologischen Staatsapparate - bspw. Parteien, Medien, Schule - sind ganz ohne Strafrecht in der Lage darzustellen und aufzuzeigen, wie sich der Arbeitnehmer / Arbeitslose zu verhalten hat, wie er zu verstehen hat, was eine gerechte Güterverteilung ist etc. (dazu Cremer-Schäfer, H., Normklärung ohne Strafe. Über die gesellschaftlichen Bedingungen der Verzichtbarkeit von Kriminalität und Strafe für das Darstellen herrschender Moral, in Peters, H. (Hg.), Muß Strafe sein, 1993). Schaffen wir das Strafrecht ab, wird das dem Kapitalismus wenig anhaben, wir sind aber eine Menge struktureller und manifester Gewalt los. Und es gibt keine Gründe anzunehmen, öffentliches Strafen von Menschen habe einen guten Platz in einer freieren Gesellschaft.

Kommentar:

Dies war nach dem Einleitungsteil der dritte Themenkomplex der Broschüre. Wer sich an der Debatte beteiligen möchte, kann seine Beiträge hierzu gern bei der Redaktion einreichen, die natürlich immer in voller Länge und unverändert in die Debatte eingehen werden.

J. M. Hackbarth



Telegram – Verteiler – für „Der Aufstand“	
Stand: 10.10.2021, 17.00 Uhr	Mitgliederzahlen:
FREIHEITS-CHAT-Diskurs	26
Internat. Allianz f. Menschenrechte	30
Gesellschaft der Gleichen	31
Friedensfestivals-Forum - Die weiße Fahne	31
Widerstand- NF Chat Gruppe	33
MIND GLOBAL CHAT	40
Gelbe Westen deutschlandweit	47
Hamburger Mahnwache - Diskussionsgruppe	51
Freiheitsboten Ideensammlung Aktiv	53
ZK Austausch und Diskussion	54
Free Speech Zone	56
dieBasis KV Tuttlingen	65
UMEHR e.V. i. Gr. (öffentlich)	66
Ostholstein Corona Demo	70
dieBasis Sigmaringen	74
dieBasis Zollernalbkreis	76
RatschkattlMuenchen	88
Impfzwang? Nein Danke!	89
Ludwigsburg diskutiert	89
dieBasis Waldshut	95
dieBasis Reutlingen	104
Info Gruppe Widerstand	106
dieBasis Schwaebisch Hall	108
Wir lassen unser Kind nicht impfen!	112
Zentrale Kommunikation Freie Linke	114
Speakers Café Original	119
dieBasis Rottweil	135
CoronaRebellen NF/RD/HEI/SL	136
Gemeinsam2020	140
dieBasis Tübingen	143
Freie Linke Nord	145
dieBasis Mannheim	152
Für Selbstbestimmung, echte Demokratie	152
dieBasis Rhein-Neckar	170
G.J. Internationale Chat	182
dieBasis Karlsruhe Land (öffentlich)	187
Info Kanal Widerstand	198
dieBasis Freiburg	207
Menschenrechte für Leer Ostfriedensland	219
Glaub den Medien nicht!	254
Die Gelbwesten	254
dieBasis Bodenseekreis	255
Nicht ohne uns! Bayern	261
Eine eigene Meinung teilen! Für M...	268
Nicht Ohne Uns! DORTMUND	271
@Wir-im-Norden-Active2021	307
Reale Verschwörungen - Das Facebook-	332
Freiheit für Julian Assange	377
Corona Rebellen Berlin	395
Meinungsfreiheit und freier Meinungs Austausch	397
Demokratischer Widerstand (Südbaden)	440
Münchner Flashmopper	535
Corona Rebellen Nord	565
BuxAktiv.de Buxtehude	615
Widerstand Niedersachsen	662

Systemkritiker: Ken Jebsen, Dr. Daniele Ganser,...	712
Buergerbewegung Leipzig 2021die 89iger	741
Bananenrepublik BRD! Willkürjustiz	792
FreeTruthMedia – Diskussion	800
#wirlassenunsnichtimpfen#	923
Ich bin in DeutschlandNews, Info,	1.091
Corona Rebellen Sachsen	1.111
FREIE PRESSE (offiziell)Gel	1.262
Chat Freie Linke Zukunft	1.801
DemoTERMINE Chat-Gruppe - Wir wecken	2.688
Frieden Freiheit keine Diktatur Widerstand	3.804
Gesamt Mitgliederzahl:	25.906

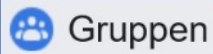
Das sind die Gruppen, die ihren Mitgliedern freie Meinungsäußerung einräumen. Wir suchen weitere Gruppen und bitten bei der Suche um eure Mithilfe.



Ich muss meine Ablehnung nicht rechtfertigen.

Sie müssen mir beweisen, woher Sie sich das Recht nehmen, mich zwingen zu wollen!





Facebook – Verteiler – für „Der Aufstand“

Stand: 10.10.2021, 12.00 Uhr Mitgliederzahlen:

Schluss mit Ausgrenzung	8
Neue Normalität	8
Selbstdarstellung Zeit & Raum	22
Bitte nicht auch noch Scholz ...	24
Aufstehen Potsdam	24
Wir gegen Die!!	33
Fairer Austausch öffnet die Tür zum Wir	33
Schweigemarsch Hamburg	34
Gelbe Westen Deutschland	41
Netzwerk: Aufstehen	42
Aufstehen Selbstbestimmte Bewegung	46
Aufstehen die Sammlungsbewegung Bayern	46
Gelbe Westen Schweiz – Bern	57
Antiimperialistische Linke	58
Aufstehen Bewegung und ändern	58
Schluss mit dem Lockdown u. Volksverdummung	58
Gelbe Westen Deutschland (private Gr.)	59
Aufstehen Erfurt	60
Aufstehen Münsterland	60
Aufstehen Brandenburg unabhängig	62
Aufstehen für Demokratie und Menschenrechte	62
open SPD	67
Menschenpartei	68
Politik und Zeitgeschichte systemkritisch	73
Antikapitalistische Linke 2.0	74
Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen	77
Gelbe Westen Brandenburg	82
Aufstehen Byern unzensiert	83
Aufstehen Osnabrück (Niedersachsen)	84
Freie gelbe Westen UNNA/KAMEN	85
Aufstehen Witten (NRW)	88
Aufstehen – Hessen	90
Aufstehen Kiel	92
Anarchistic Academy	93
Gelbe Westen Hamburg	95

Gesamt Mitgliederzahl bis hier: 2046

Aufstehen Rheinisch-Bergischer Kreis	101
Organisation Bündnis für Frieden	105
Gemeinsam gegen Rassismus	117
Die Wahrheit (Rev. in D.)	123
VFM – Diskurs	129
Wissensmanufaktur 5.0	129
Aufstehen gegen Rassismus – Geesthacht	131
Linke SPD Friedensbewegung	133
KenFm-Nur für Systemkritiker (Innerer C.)	133
An alle, die keine Zwangsimpfung wollen	133
aufstehen – Bündnisinitiativgruppe	134
Zielstation Gemeinwohl	135
Desaster Berlin #ichlassmichnichtimpfen!	135
Freiheitsboten Thüringen	135
Linke Fraktionen	137
Das Volk sind wir!	137
FAJA (GelbwestenBewegungAachen...)	137

Gegen Rechts- Bunt statt Braun	142
Offenherzige Anarchist*innen, ihre Kritiker u.	143
Gelbe Weste Bewegung Aachen	143
Freiheitsboten Thüringen	143
Community – Wir impfen nicht	145
dieWeltKlarSehen	149
Aufstehen Aktionen	149
aufstehen – Bündnisinitiativgruppe	149
Kom. Plattform der LP in Wiesbaden	150
Gilets jaunes/Gelbwesten – Soli m. fr. GJ	151
Stoppt defender 2020	151
Netzwerk Laterales Denken	151
Globale Demokraten Union	153
Aufstehen Aktionen	156
Gr. f. Frieden und soziale Verbesserung	162
Impfen Nein Danke R.L.P. steht Auf	164
Freidenker	164
Gegen Netz DG, die Zensur u. unberecht.	165
Menschen der Freiheit reden	167
G.J. Germany	173
Miltenberg Freiheitsboten	173
BT – Wahlboykott 2021	176
aufstehen Würzburg und Umgebung/Bayern	177
aufstehen Mecklenburg-Vorpommern	177
APO-21-allesstaatsgewaltgehtvonvolkaus	178
Bremen gegen Armut	180
Gegen Krieg und Kriegsprovokationen	181
Covid Wahrheiten	186
Linkes Diskussionsforum	187
Liberales Forum	187
Dem Kapitalismus die rote Karte zeigen	188
Kampf gegen Rassismus auf FB	189
Liebe für alle – Licht... - Frieden...	191
Gelbe Westen für die Schweiz	192
Schildwall gegen Rechts	192
anarchistische Front	193
Gelbe Westen – Karlsruhe Steh auf	195
Aufstehen Stuttgart (Baden-Württemberg)	197
International Anti-NWO Alliance	199
Montagsdemo Potsdam	202
Bundestagswahl 2021	203
Wir sind Deutschland	205
Demo f. d. Frieden u. d. Völkerrecht	207
Ocoboe Mnenie	208
Lebenswerte Zukunft	208
Eigentum ist Diebstahl	210
Global Patriot Unity by American ...	212
Der Rassismus gegen das eigene Volk	212
Aufstehen Arbeitsgruppe Grundeinkom.	216
Forum Sozialdemokratische Basisini	219
Aufstehen Emden	222
Stoppt die Sanktionen gegen Russland	225
gelbe Westen für Deutschland SH	225
Aufstehen Bremen	227
Altersversorgungskasse	227
Gelbe Westen Hessen	227
Aufstehen Schleswig-Holstein	229
Menschen für Deutschland	230
Antifaschist. Regionalbahn Leiserberge	233
Die Basis Biberach	234
Aufstehen Düsseldorf	234

Fridays gegen Altersarmut	234	Ukrainischer Legion	357
Free – News	236	Widerstand 2020 Friedensbewegung	357
Wir können selbst denken	238	Wir sind das Volk >	362
Ungeimpft sucht ungeimpft zum anstecken	238	Fantasy = Fantasy + History	362
Wir wollen den Rausschmiss von Verkehrsm.	240	Linke gemeinsam gegen Rechts	364
Deutschland macht dicht # Hessen	240	Demokratie in Europa	372
Das Volk sind wir >	241	Internetzeitung	372
Gegen die neue Weltordnung	243	Hand in Hand der Widerstand gegen Corona	383
Internationale Friedensfabrik Wanfried	244	Selbstbestimmung und Wahlfreiheit	380
AG: Die Philosophie der Freiheit	244	Marxistisches Forum	380
diebasis – offene gruppe (reloaded)	244	Widerstand Jetzt	383
Bündnis gegen Rechts (BGR)	244	Wir lassen uns nicht IMPFEN	383
Memes, Goodys rund um Corona	247	Der Rassismus gegen das eigene Volk	383
„Linker Aufbruch“ - Gruppe	247	Philosophen für den globalen Frieden	384
Gelbe Westen # Vereinigung # Bayern d.O.	248	Aufstehen Arbeitsgruppe Grundeinkommen	388
Unruhe Stiften! Künstlich	248	Linksfraktionen 2.0	392
„Neue Linke“ - Gruppe	253	Stoppt den ultimativen Corona-Wahnsinn	392
Ungeimpfte Kontakte und Singels	253	Gelbe Westen Heilbronn 2.0	398
Aufstehen Arbeitsgruppe Grundeinkommen	256	Gelbe Westen	413
Antikapitalistischer Widerstand	257	richtig Links	418
Keine Macht den Maßnahmen	261	# ungeschminkte Wahrheit	423
Wir brauchen eine gerechte Welt	261	Menschenrechte in der Welt	442
Free Julian Assange – Take Action	265	Gegen Rechts	443
Ende mit der politischen Verdummung ...	265	dieBasis Köln	444
Aufstehen-Selbstbestimmte Bewegung	267	Öl-Konzerne enteignen	445
Nachrichten aus aller Welt	270	ichlassmichnichtimpfen	450
Direkte Demokratie in Deutschland	273	Gegen VERGESSEN – DDR Opfer	451
Linke Geschichte(n)	274	Obdachlos: Was nun = Flüchtling im eigen L.	468
Polit - Stammtisch	274	Freiheit durch Sozialismus	484
Bundesweite Gemeinschaft f. eine soli Gesell.	277	#SPDerneuern	485
dfN - die freien Nachrichten	277	weißeroseweimar	493
„Rentner Betrug in Deutschland“ - Gruppe	279	Deutsch-Russische Freundschaft	494
Nortorf Presse	286	Aufstehen gegen Altersarmut	502
Querdenken Berlin	289	Jennys Wohnzimmer	515
Stoppa makt missbruket! Stop abuse of power!	291	Gelbe Westen Schweiz – GJ	522
Gegen gesundheitsschädliche & verf...	292	Aufstehen bundesweit inoffiziell	523
Free Julian Assange – The Day After	294	FREEDOM DAY	531
Gelbe Westen	297	Demokraten gegen Rechts	534
Aufstehen f. soziale Gerechtigkeit und faire Arb.	297	Schwurbler unter sich	539
Deutschlands Wahrheit	299	Facebook gegen Rassismus	544
Gemeinsam gegen die Coronadiktatur	299	SPD neue Netzpolitik	543
AKL Antikapitalistische Linke	305	Kiel steht auf	547
Gegen die neue Weltordnung	305	Freidenker	559
Antifa Kommunikations Gruppe	308	Netzwerk für Frieden und Gerechtigkeit	561
Bohemia	312	Wir lassen unsere Kinder nicht impfen	562
„Querdenken 221“ – Gruppe	320	Aufstehen für soziale Gerechtigkeit	570
Gegen-Tagesschau-Heute	326	Gesunde ungeimpfte Menschen gegen den Staat	571
Sag „NEIN“ zur Impfpflicht !!!	327	Global Patriot u7nity by American Patriot	572
Pax Terra Musika – offiz. Suporter/Helfer	331	HAPPEACE	584
Widerstand 2020 Rheinland Pfalz	333	Schluss mit dem Wahnsinn!!!	599
Corona Diktatur 2.0	333	Desaster Berlin #ichlassmichnichtimpfen!	610
The Story of Freedom	333	Magdeburger Friedensfestival 2021	625
Freedom for Julian Assange News	342	FREE JULIAN ASSANGE	634
Freedom for Julian Assange	354	Internationale Friedens Fabrik Wanfried	644
Rentner – Initiative – Berlin	345	Oder-Neiße-Friedensgrenze	653
anarcho Front	347	Aufbruch in die Zukunft	662
Aufstehen Direkte Demokratie & Abstimmen	351	Friedensbewegung Forum	679
Antifa	352	Offenes Friedensforum	690
Europa gewinnt!	352	Familie ... Wir impfen nicht	694
Aufstehen – Die rote Karte für die BRD	355	Gegen Rassismus und Rassistische Präsenz	697
Free Assange II	356	DIE LINKE NRW Diskussion Forum	705

Protestiert gegen AFD&Co überall	725	Mund auf trotz Mundschutz	1.625
Stop the lockdown.Now!	731	Corona Diktatur	1.644
Krüppel – Aufstand	736	Ideologiefreie Gruppe	1.659
Friedensbewegung	741	Banlieues Jaunes 67	1.724
Kap.- Nein Danke! 88% wollen einea.W.	745	Die Wahrheit hinter den Illusionen	1.744
Teachers for Future Germany	752	Diskussionen zwei! Deutschland vernetzt sich	1.752
Demokratischer Neustart	755	Progressives Linksspektrum	1.763
Nothing stopping us now“ were on the mo	758	Wissensmanufaktur	1.774
BRD-Unrecht 2.0	767	Zensurfrei	1.805
Frieden in einer Welt	779	# 24 F Coalicion Vida y Libertad J.Assange	1.833
Hamburger Künstler vereinigt euch!	788	Menschen und Politik heute	1.851
Wir sind das Volk OX	798	Free Julian Assange (Politikel Prisoner)	1.872
Haiger gegen Rechts! Vielfalt statt Einfalt!	803	Widerstand 100	1.893
NEUSTART für EUROPA	813	Antifa – Grupo de Resistencia	1.950
# Stay Awake Bamberg	833	Eltern Netzwerk	1.981
Corona Arena	851	Ungeimpften wird geholfen	2.094
Freie Medien	853	Hamburg gemeinsam	2.140
Wirtschaft & Gemeinwohl	853	Coronaregeln nein Danke	2.227
anarchistische Gemeinschaft	855	die Basis Momentum – e.Ini KV d.Viersen	2.243
Liga für den Frieden	883	Gemeinsam gegen die neue Weltordnung!!!	2.298
Jemen der vergessene Krieg	906	Frieden Rockt Schweiz (offizielle Gr.)	2.354
Connected Nurses-Pflegekräfte Europas	907	Freie Entscheidung gegen die Masken/Impf	2.370
Wir helfen Corona Isolierten	914	Truth & Courage March for Julian	2.403
Berlin – Brandenburger Landespolitik	932	Ken FM 2.0	2.446
Gesellschaft_aussterbenden_Wissens	935	Freidenkerforum – private Gruppe	2.481
Gelbe Westen Vereinigung	952	Colorful Germany	2.522
Verschwörung oder nicht/Nachrichten	960	Deutschland 2020 – mediale Massenverblö.	2.603
Europe yellow Vest Protest	965	Polityka	2.608
Gelbe Westen Aktiv Baden-Württemberg	984	GVAG	2.619
Die Welt wird belogen und verkauft	993	Aufstehen in Gelbwesten!	2.673
Gesamt Mitgliederzahl bis hier:	89.910*	Volvamosa lostiempos del punk	2.744
Grundgesetzschutz-Runder Tisch 2020-1	1.008	Linker runder Tisch	2.798
Gegen unverhältnismäßige Corona Maßn.	1.011	gegen die Corona Diktatur in Deutschland	2.850
Geldschöpfung durch Grundeinkommen	1.028	Proletarskoe	2.865
„Frieden Total“ – Gruppe	1.036	Bedingungsloses Grundeinkommen	2.882
Die Mitfahrgelegenheit für Antifa. Demo.	1.043	Gegen Defender 21	2.932
GJ International Art+Artist	1.081	Sag „Nein“ zur Impfpflicht !!!	3.110
Gemeinsam gegen die neue Weltordnung	1.105	Widerstand + Schweiz	3.134
Belmarsh, Vigil for Julian Assange	1.137	American Patriots Rising	3.136
Frieden in der Welt	1.139	Wide Awake Chat	3.245
S.A.W- Save A World	1.149	Hier spricht das Volk	3.372
Ich lass mich keinesfalls impfen	1.152	Linksfraktion	3.386
Stopp das System – Wir sind das Volk	1.184	Verschwörung in Theorie und Praxis	3.420
Aufwachen	1.196	Gelbe Westen für Deutschland	3.563
Lauter Protest	1.228	FRIEDvolles Entstehen f.u.Grundrechte u.D.	3.608
Lasst die Masken fallen	1.236	KenFM – Diskussionsgruppe	3.612
Anarchista De Bem	1.248	Deutsch – Russische Freundschaft	3.645
Demokratischer Widerstand gegen Rechts	1.257	Rückkehr zur Menschlichkeit	3.749
Das Glück der Kinder	1.308	Friedenswerkstatt Hamburg	3.753
Fanpage FaF	1.401	Corona Rebellen 2.0	3.970
Direkte Demokratie auf Bundesebene	1.412	Antikapitalism	4.215
aufstehen-Gelbwesten (GJ)	1.443	Corona Rebellen	4.315
Forum	1.448	Connected nurses – Pflegekräfte Europas	4.316
Netzwerk der Gelben Westen	1.496	Wir gegen Mainstream!!!!Fakten!!!	4.336
Weg aus Deutschland	1.502	Free Assange and Manning Events	4.611
DEF 2021	1.555	Die Anstalt – Eigentlich seid ihr ...	4.718
Gemeinsame Vernetzung	1.561	The Unvaccinated Alliance	4.723
Party der dummen Wähler (PddW)	1.562	Wir gegen Altersarmut	4.886
Stopt the Lockdown. Now!	1.573	Wir für Deutschland-wir sind das Volk	4.913
UMEHR e.V. - Der Aufstand	1.593	Die Wahrheit liegt auf der anderen Seite – Gr.	5.255
		Don,t Extradite Julian Assange	5.362

POSITIVE Nachrichten und SCHÖNE	5.379
Unsere Welt leuchtet	5.504
Nationale Befreiungsbewegung Deutschland	5.725
KenFM Nur für Systemkritiker ADMINIS	5.850
Unidet 4 Julian Assange	6.156
Wir impfen nicht	6.421
Wir gegen die Maskenpflicht	6.719
Ver.di Kolleginnen u. Kollegen	6.829
#Stay Awake für Freiheit und Selbstbestim.	7.147
Die sich nicht impfen lassen	8.192
Rücktritt der Bundesregierung	8.572
Freiheitsgedanken	9.126
Adode esta la flor?	9.323+
Gesamt Mitgliederzahl bis hier:	397.400

Die Ungeimpften der Club 1.0	10.055
Freie Presse	12.240
World 4 Assange	13.585
Wir gegen „Jeden Lockdown“	14.962
ARD und ZDF und ihre neol. Lügenm.	15.262
Neuwahlen für Österreich Demokratie jetzt	15.321
Travame na Zruseni	16.747
Julian Assange's Angels	17.620
Lachen gegen Corona	19.945
Gelbe Westen deutschlandweit	20.865
Free Julian Assange	21.150
Connected nurses – Pflegekräfte Europas	23.519
DEMO Termine in Deutschland	26.110
Die Welt wird belogen und verkauft	36.102
NEMO-No Embargo Cuba Movement	105.243

Gesamt Mitgliederzahl: 760.397



Ian Watson
(*1943)

"Wenn du überredet, ermahnt, unter Druck gesetzt, belogen, durch Anreize gelockt, gezwungen, gemobbt, bedroht, bestraft und kriminalisiert werden musst... Wenn all dies als notwendig erachtet wird, um deine Zustimmung zu erlangen - kannst du absolut sicher sein, dass das, was angepriesen wird, nicht zu deinem Besten ist."



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Mai-Heft vom 01.05.2020 Nr. 01/2020

Offener Brief an das Magazin „philosophie“ zum ihrem Thema „Eigentum verpflichtet – aber wozu?“ – von Holger Thurow-N.

Zur philosophischen Entwicklung eines modernen Besitzrechts – J.M. Hackbarth

Das Rätssystem ist identisch mit Volksherrschaft = Demokratie – J.M. Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) <http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juni-Heft vom 01.06.2020 Nr. 02/2020

„Volonté Générale“ (Volkswille) – von Jürgen Michael Hackbarth und Holger Thurow-N.

Interview mit Rainer Mausfeld

Das Rätssystem ist identisch mit Volksherrschaft/ Demokratie – von J. M. Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der „Die Tribute von Panem“ – von J. M. Hackbarth

Anders Wirtschaften jetzt! (Aufruf) – von Silke Helfrich, ...

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) <http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juli-Heft vom 31.07.2020 Nr. 03/2020

Im Kreuzverhör zum Thema „Volkseigentum oder Gemeinbesitz?“ – von Jürgen Michael Hackbarth, Ronald Rausch, Holger Thurow-N.

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen, am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ – von Jürgen Michael Hackbarth

Was ist Radikaldemokratie? – von Jürgen Michael Hackbarth

Oberflächlichkeit im Visier: — Zeitschrift „philosophie“ zum Thema Pazifismus – von Holger Thurow-N.

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) <http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

August/September/Oktober-Heft vom 30.09.2020 Nr. 04/2020

Im Visier: „Der blinde Fleck“ zum Thema Eigentum, von Holger Thurow-N.

Radikaldemokratie mit Besitzrecht gegen Repräsentativdemokratie mit Eigentumsrecht! – von Jürgen Michael Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen – Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus dem Heft 03/20, Juli 2020), von Jürgen Michael Hackbarth

UND ES WAR NICHT MEINE SCHULD, WO ICH WAR, ODER WAS ICH TRUG!

Y LA CULPA NO ERA MÍA, NI DONDE ESTABA, NI COMO VESTÍA!

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) <http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

November/Dezember-Heft vom 10.12.2020 Nr. 05/2020

Die Leitidee der Eigentumsgesellschaft ist unmoralisch!
Echo auf das Interview des Magazins „philosophie“ mit Markus Gabriel, Professor für Philosophie und Erkenntnistheorie an der Universität Bonn
von: Holger Thurow-N.

Die Herrschaft des Eigentumsrechts schließt Demokratie/Volksherrschaft im Sinne des Wortes aus!
Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus Heft 04/20)
von: Jürgen-Michael Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

FREE SLAVE PROJECT



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Januar/Februar-Heft vom 28.02.2021 Nr. 01/2021

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen
Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“
(Fortsetzung aus dem Heft 05/20)
- von J. M. Hackbarth

Interview mit Rainer Mausfeld
Frage zum Thema Eigentum und Besitz
- von J. M. Hackbarth

Diktaturvisionen – eine Gefahr für die Freiheit!
Begleitung der Zeitschrift „philosophie“
- von Holger Thurow-N.

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
(Fortsetzung aus Nr. 5/20)
- von J. M. Hackbarth

Der freie Fall in die Diktatur? Oder gibt es Alternativen?
- von Johannes Schubert

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

März/April-Heft, Redaktionsschluss 30.04.2021 Nr. 02/2021

Covid-19 und der Transhumanismus
- von Anja Wurm

Was ist der Unterschied zwischen einem Aufstand und einer Revolution?
- von J.M.Hackbarth

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden? Institutionen / Staat (Fortsetzung)

Ergebe dich in dein Schicksal und lehne dich nicht auf! Aha! Resilienz
Antwort auf die Zeitschrift „philosophie“
- von Holger Thurow-N.

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung)
- von J.M.Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

ES ENDET NICHT!
...WENN IHR ES NICHT BEENDET!



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juli/August-Heft, Redaktionsschluss 30.06.2021 Nr. 03/2021

Zum Thema Transhumanismus
Antwort auf „Covid 19 und der Transhumanismus“ von Anja Wurm in Heft 02/21
- von Daniel D.

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
Thema: Wehrhafte Demokratie (Fortsetzung aus dem Heft 02/21), vorgestellt und kommentiert
- von J.M.Hackbarth

Friedliche Revolution in die Freiheit und eine wehrhafte Demokratie!
- von J.M.Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände u. Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“
(Fortsetzung aus dem Heft 02/21)
- von J.M.Hackbarth

Wo liegt die Grenze der Machthaber? Antwort auf das Titelthema der Ausgabe 03/2021 der Zeitschrift „philosophie“: „Wo liegt die Grenze des Sagbaren?“
- von Holger Thurow-N.

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

